

Riesaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift
Tageblatt Riesa.
Berner Nr. 20.
Postbuch Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Staatsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Vollständigkeit
Dresden 1880.
Großkasse
Riesa Nr. 52.

N 263.

Mittwoch, 11. November 1931, abends.

84. Jahr.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 18 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Postgebühr. Für den Fall des Eintrittens von Produktionsunterbrechungen, Störungen der Währung und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen bis 89 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; bis 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zitronenblau und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, Netto Tarife. Bewilligter Rabatt erlaubt, wenn der Betrag versüllt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Haftungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttagige Unterhaltungsbeiträge. Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstige irgendwelche Störungen des Betriebes der Druckerei, der Versandkosten oder der Vertriebsgesellschaften — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Vanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die Mandchurie als Wirtschaftsgebiet.

Schneller als man es annehmen konnte, hat sich das Schlagwort bestätigt, das seit dem russisch-japanischen Krieg der Jahre 1904/5 die Mandchurie als das „Schlachtfeld der Zukunft“ bezeichnete. Trotzte vor zwei Jahren der Kampf um sie zwischen China und Russland, so ist er jetzt entbrannt zwischen China und Japan und damit sind die beiden eigentlichen Bewerber um die Mandchurie gegeben: Japan und Russland, denn angesichts der Chinas immer noch beherrschenden innerpolitischen Desorganisation scheidet das Reich der Mitte für vorläufig unabschbare Zeit noch aus dem Kampfe aus. Schön jetzt allerdings darf man sagen, dass China die ethnographischen Voraussetzungen für zukünftige Entscheidungen dadurch schafft, dass es alljährlich Millionen von Siedlern in die zukünftigsten mandchurischen Provinzen entstet, die Chinesen bleiben werden, auch wenn die Souveränität Chinas über die drei mandchurischen Provinzen so theoretisch bleibt wie bisher oder auch bis auf weiteres effektiv verdrängt wird.

Die Frage, deren Beantwortung bereits die Schwere zukünftiger Kämpfe umreißt, ist die, um was eigentlich in der Mandchurie gekämpft wird. Man ist in Europa zu sehr geneigt, anzunehmen, dass Russland nur den freien Weg nach dem fernen Osten (Wladiwostok) erstrebt, doch andererseits Japan sich nur Lebensraum für seine überschüssige Bevölkerung sichern will. Man sieht zu übersehen, dass die Mandchurie ein Wirtschaftsgebiet ist, in dem in den letzten 30 Jahren insgesamt wohl nicht weniger als 6 Milliarden RM investiert worden sind. Diese Investitionen verteilen sich zu etwa 20 Prozent auf Russland, 50 Prozent auf Japan, während die restlichen 30 Prozent auf die übrige Welt, insbesondere die USA, entfallen. Hand in Hand mit dieser Investitionstätigkeit des Auslands ging eine Bevölkerungsvermehrung in diesem Deutschland an Größe beinahe erreichen Gebiet von ca. 3 auf etwa 30 Millionen Menschen, von denen 30 Prozent Chinesen sein dürften. Ansässig dürfte die Mandchurie mit noch rund 120 000 Quadratkilometern unerschlossenen Kulturlandes Siedlungs- und Lebenstraum für 70–90 Millionen Menschen bieten.

Um Hand dieser Tatsachen und Möglichkeiten gewinnen die bislang vorliegenden wirtschaftsstatistischen Ziffern erst das richtige Gewicht. Der gesamte Außenhandel der Mandchurie erreichte im Jahre 1907 einen Betrag von etwa 50 Millionen Tael — 6 Prozent des chinesischen Gesamtmarktes; 1927 betrug dieser Anteil 21 Prozent oder fast 700 Millionen Tael. Es mag gleich gelagert sein, dass mehr als die Hälfte dieses Handelsvolumens seinen Weg über das japanische Taito (Port Arthur) nimmt, woraus sich schon mit ausreichender Deutlichkeit Japans Interesse an dem gesamten mandchurischen Wirtschaftsgebiet ergibt. Aber dieses Interesse wird noch deutlicher, wenn man den Mandchurie-Handel weiter aufgliedert und erkennt, dass im Gesamtgeschäft sowohl, wie speziell in der Ein- und Ausfuhr Japan weitauft an erster Stelle steht; erst dann folgt Chinas Handel mit der Mandchurie und in weitem Abstand Russland. Dazu kommt, dass 47,9 Prozent der mandchurischen Ausfuhr aus Sojabohnen und ihren Abfallprodukten bestehen, die in den letzten Jahren einen rapiden Gewinn an Bedeutung sowohl im Lebensmittelhandel wie in der technischen Industrie zu verzeichnen gehabt haben. Ferner lässt man die noch der Entwicklung wartenden Kohlevorräte der Mandchurie auf rund 1,5 Milliarden Tonnen, davon eine halbe Milliarde in der Nordmandchurie, die Eisenvorräte auf eine halbe Milliarde Tonnen, größtenteils in der Südmmandchurie.

Da an diesen riesig sich entwickelnden Handel Japan zu rund 60 Prozent interessiert ist, braucht man nach Gründen für sein Vorgehen nicht weiter zu suchen. Tatsächlich nehmen die in der Mandchurie lebenden (cirka 300 000) Japaner die Mandchurie auch nicht als Siedlungsraum, sondern als laufmännisches, handelserisches und technisches Betätigungsgebiet in Anspruch. Aus der Mandchurie kann Japan keinen Rohstoffbedarf bestreiten, sobald die geplanten Kohleabförderungsanlagen vollendet sind, keinen Delbedarf, mittelbar seinen hauptsächlichen Lebensmittelbedarf an Reis, den es aus Korea bezieht, wofür die Mandchurie nach Korea entsprechende Mengen von Hirse als Ersatz liefert. Für China ist angesichts seiner vorläufigen Unfähigkeit, über die inneren Provinzen hinaus politisch aktiv zu werden, die Mandchurie-Prage ein Problem der theoretischen Souveränität, für Russland vorläufig nur erst ein Weg nach dem fernen Osten, nach dem hektisch eisfreien Hafen am Pazifischen Ozean. Kein Wunder also, dass Japan auf der 1915 China abgesprochenen Konzession einer Wachtung der Südmmandchurischen Bahnen und damit des Südmmandchurischen Wirtschaftsgebietes bis zum Jahre 2002 besteht und rücksichtslos die aus der Südmmandchurischen Entwicklung sich ergebenden wirtschaftspolitischen Konsequenzen zieht. Kein Wunder — aber eine Unlogik, dass Japan dies auf eine Weise tut, durch die es sich vor aller Welt und vor der Geschichte ins Unrecht setzt.

Roter Bühlversuch in der Dresdner Reichswehr.

Ein Fahnenjunker und drei Dresdner Kommunisten verhaftet.

In Dresden. Die außerordentliche Regsamkeit der kommunistischen Verleumdungstätigkeit in der Reichswehr, die am Montag vom Reichswehrministerium aufmerksam gemacht wurde, wird durch einen Fall in Dresden blitzartig beleuchtet. Ein Fahnenjunker der Infanterieschule, der den Versuch gemacht hat, innerhalb der Reichswehr kommunistische Verleumdungarbeit zu leisten, wurde verhaftet.

Einem Gefreiten der Garnison Dresden fiel das merkwürdige Benehmen des Fahnenjunkers Eberhardt von der Infanterieschule mehrfach auf. Aus gelegentlichen Anhören und Beeinflussungsversuchen verstärkte sich in dem Gefreiten der dringende Verdacht, dass Eberhardt als Vertreter eines man der Kommunistischen Partei Verleumdungarbeit in der Reichswehr betreibe. Der Gefreite meldete seinem militärischen Vorgesetzten seine Beobachtungen. Die zuständigen Reichswehrstellen setzten sich sofort mit der Kriminalpolizei in Verbindung, die den Fahnenjunker heimlich beobachtete und bald feststellte, dass dieser mit einem kommunistischen Ehepaar Kunath in der Vorstadt Plauen und noch einer dritten Person Beziehungen unterhielt.

Die Feststellung der Kriminalpolizei führte dazu, dass alle vier Personen eines Tages bei der Garnisonkirche

überwacht und verhaftet werden konnten. Bei der Vernehmung brach Frau Kunath zusammen und legte ein Geständnis ab, woraus hervorging, dass der Fahnenjunker Eberhardt tatsächlich als kommunistischer Vertretermann in der Dresdner Reichswehr tätig war, mit dem Auftrag, kommunistische Verleumdungarbeit zu betreiben. Alle vier Personen wurden festgesetzt und die Alten dem Oberrechtsanwalt übergeben, der gegen diese vier Personen die Anklage wegen Hochverrats erhoben hat. Die Untersuchung ist bereits abgeschlossen und die vier Personen hatten der Aburteilung durch das Reichsgericht. Beim Reichswehrministerium nimmt man auf Grund der bisherigen Untersuchung an, dass Eberhardt nicht irgendwie fehlere Verleumdungarbeit erlegen ist, sondern offenbar unter dem Einfluss des Überganges des früheren Reichswehrleutnants Scheringer zu den Kommunisten gehandelt hat. Eberhardt hat sich ganz offenbar aus eigenem Antrieb bei den örtlichen kommunistischen Parteistellen in Dresden gemeldet und sein Anhänger, die kommunistische Ideologie in der Reichswehr zu verbreiten, ist von diesen örtlichen Stellen natürlich mit Vergnügen aufgenommen worden, und die Verbindung zwischen Eberhardt und der Kommunistischen Partei stellten die zusammen mit Eberhardt festgenommenen Personen her.

Arbeitsbeginn der deutsch-französischen Kommission.

vda. Berlin. Am kommenden Freitag vormittags findet bekanntlich in Paris, im Ministerium des Innern, die erste Tagung der hemifizierten deutsch-französischen Kommission statt, die als Hauptergebnis der Berlin-Paris-Kommission gilt, dass die Verhandlungen der Berlin-Paris-Kommission nur um eine verhältnismäßig kurze Eröffnungslaufzeit handeln. Auf deutscher Seite nehmen an diesen Verhandlungen teil Staatssekretär Trendelenburg, Ministerialdirektor Ritter, Ministerialdirektor Poje, Regierungsrat Hammann, Staatssekretär s. D. v. Simson, Graf Roedern, Groewein, Hermes, v. Staumer und Tarnow. Begleitend der ersten Erörterung ist die Aufstellung eines Arbeitsprogramms, das in den Unterkommissionen zu erledigen sein wird.

In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass unabhängig von den Arbeiten der deutsch-französischen Kommission zwischen der deutschen und der französischen Regierung die diplomatischen Verhandlungen weitergehen, die sich um die Neuregelung der deutschen Zahlungsbefreiung nach Ablauf des Hoover-Fieberjahres drehen. Die Franzosen halten vorläufig weiter an ihrer Forderung fest, dass der Sonderausschuss der BDD das Gremium wäre, das über den weiteren Verlauf der Reparationszahlungen zu

beraten hätte. Die deutsche Regierung ist indessen nach wie vor der Meinung, dass dieser Ausschuss von Wirtschaftlern nur wiederholen könnte, was die Basler Experten bereits vor Wochen dargelegt haben, nämlich, dass es unmöglich ist, Deutschland weiterhin wie vor dem Hoover-Fieberjahr zu belasten, weil darunter die ganze Weltwirtschaft leiden müsste. Die deutschen Vertreter bemühen sich, das französische Augenmerk einer neuen Überprüfung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu erlangen. Man kann damit rechnen, dass in 2–4 Wochen eine befriedigende Klärung der Kompetenzfrage erreicht sein wird. Nachdem dann eine neue Überprüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit stattgefunden haben wird, also etwa 14 Tage später, könnte der Verhandlungsausschuss zusammentreten.

Im Anschluss daran würde die sehr schwierige Arbeit einer Konferenz beider Regierungen beginnen, die noch vor Weihnachten erwartet werden kann, deren Tätigkeit aber durch das Weihnachtsfest eine Unterbrechung erfahren dürfte. Man wird sich auf deutscher Seite bemühen, als Ergebnis all dieser Verhandlungen keine provisorische, sondern eine endgültige Regelung herbeizuführen, weil nur so die wirtschaftliche Wiederbefriedigung der ganzen Welt möglich sei.

Mißglückter Antifaschistenflug nach Italien.

Ein verdächtiges Flugzeug in Konstanz festgehalten.

In Freiburg. Auf dem Konstanzer Flugplatz ist am Montagabend ein Flugzeug niedergegangen, dessen Passagiere nicht in Ordnung waren. Der Pilot und sein Beifahrer wurden festgenommen. Gleichzeitig wurde auch ein Kraftwagen, der Flugblätter mit sich führte, beschlagnahmt. Es wird behauptet, dass das Flugzeug antifaschistische Flugblätter nach Italien befördern wollte.

Wie wir zu dem Zwischenfall auf dem Flugplatz von Konstanz noch erfahren, sind die Insassen des ebenso wie das Flugzeug beschlagnahmten Kraftwagens, drei italienische Staatsangehörige, festgenommen worden. In dem Kraftwagen befanden sich antifaschistische Handzettel. Die Insassen hatten, nachdem sie von dem Schicksal des Flugzeuges erfahren hatten, Konstanz bereits wieder verlassen.

Konstanz. (Kunststück.) Zu der Bandung eines Flugzeuges auf dem heutigen Flugplatz, das antifaschistischen Zwecken dienen sollte, erfahren wir von zuständiger Stelle:

Am Sonnabend ist das Funkerflugzeug D 2155 um 4 Uhr nachmittags auf dem Flugplatz Konstanz gelandet, angeblich wegen Bruchs eines Zahnes am Benzintank. Die Insassen waren ein gewisser Viktor Haefner aus Berlin als Flugzeugführer und ein zweiter Mann, der sich als Pilot ausgab. Am Sonntag wurde das Flugzeug mit schwerem Gepäck beladen, das von einem Auto mit italienischen Kennzeichen hierher in ein Hotel gebracht worden war.

Beim Start am Sonntag vormittag, den der angebliche Flieger allein vornahm, stellte sich das Flugzeug auf den Kopf und erlitt geringen Schaden. Da die Flieger aber offenbar Befürchtungen wegen näherer Kontrolle ihres Flugzeuges und ihres Gepäcks hegten, luden sie mittags in Abwesenheit des Monteurs des Flugplatzes ihr Gepäck wieder aus und schafften es in ihr Hotel, weil nur erst am nächsten Tage abholen werden sollte. Am Montag vormittags wurde jedoch der Weiterflug vom Bezirkssamt Konstanz bis zur Klärung der Flugberechtigung unterlag. Bei der Durchsuchung des Gepäckraumes fand der Monteur 2 Flugblätter in italienischer Sprache. Da die beiden Flieger ein aufs fallendes Bestreben gezeigt hatten, sich der Kontrolle auf dem heutigen Flugplatz zu entziehen und auch Waffen beschafft, wurden sie zur weiteren Auflklärung der Staatsanwaltschaft übergeben. Es war auch bekannt geworden, dass das Gepäck am gleichen Nachmittag in dem Auto mit dem italienischen Kennzeichen weggeschafft worden war. Durch sofortige Benachrichtigung der Polizei in Freiburg gelang es, das Auto mit drei Insassen bei der Einsicht nach Freiburg anzuhalten. Bei der Durchsuchung des Gepäcks fand man tausende Flugblätter in italienischer Sprache, in denen zur Bildung von antifaschistischen Gruppen mit genau vorgeschriebener Organisation aufgefordert wird. Die drei Insassen des Autos waren drei Italiener. Obwohl die Beifahrer leugnen, besteht kein Zweifel, dass der Zweck des Fluges nur der gewesen ist, mittels Flugzeugen von Konstanz aus, über Italien, antifaschistische Flugblätter abzusetzen. Die beteiligten Ausländer haben falsche Pässe. Der Deutsche ist wegen Vertrates militärischer Geheimnisse mit fünf Jahren Zuchthaus vorbestraft. Die Untersuchung ist im Gange.